

A-1-21ff.

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: A-1 2018: GRÜNE NRW gemeinsam in Bewegung – Einmischen, mitgestalten, Druck organisieren (Aktuelle Politische Lage)

ÄNDERUNGSANTRAG A-1-21FF.

1 *Streiche Zeile 21 – 22 („Spätestens in den Sondierungen...zum Ausdruck kommen“)*

2 *Füge ein nach Zeile 27:*

3 **„GroKo: Kleines Karo statt mutige Politik**

4 Spätestens in der Jamaika-Sondierungsphase ist deutlich geworden: Die Parteien sind
5 nicht gleich. Und es ist gut für unsere Demokratie, wenn diese Unterschiede auch
6 zum Ausdruck kommen. Noch ist nichts entschieden, aber das Ergebnis der Sondierun-
7 gen für eine große Koalition zeigt: Es macht einen gewaltigen Unterschied – auch für
8 NRW – ob GRÜN im Bund mitregiert. Schon vor der Regierungsbildung wirkt diese GroKo
9 müde und mutlos. Kein Anspruch für die Lösung der großen Herausforderungen unserer
10 Zeit: dem Klimawandel, weltweiten Migrationsbewegungen, der digitalen Revolution, den
11 Gerechtigkeitslücken, der Gestaltung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft oder einer
12 gerechten, krisenfesten Finanzierung des Gemeinwesens. Einzig beim Thema Europa be-
13 steht Hoffnung, dass die GroKo gemeinsam mit Macron ambitionierte Ziele verfolgen wird.
14 Letzteres begrüßen wir.

15 Klimaschutz und Energiewende sind bei der Neuauflage der GroKo hingegen abgesagt.
16 Einst verbindliche internationale Klimaziele werden handstreichartig kassiert. Dass der
17 Kohleausstieg es überhaupt ins Sondierungspapier von CDU und SPD geschafft hat, ist
18 reine Symbolik – ohne einen konkreten Ausstiegszeitpunkt und -fahrplan bleibt er eine
19 hohle Phrase. Bei Klima und Umweltschutz muss in den Koalitionsverhandlungen nach-
20 gebessert werden. Sonst garantieren wir der selbst ernannten Klimakanzlerin und ihrem
21 Kabinett Großproteste , mit GRÜNEN und ihren Verbündeten an der Spitze, die Mehrheit
22 der Gesellschaft im Rücken.

23 Die Flüchtlingspolitik hat die SPD bereits einer kleinen radikalen Minderheit in Bayern
24 geöffnet: Mit der zynischen Begrenzung des Familiennachzugs macht die CSU das Recht
25 auf Familie zur Lotterie für die Schutzsuchenden. Die doppelte Obergrenze, sowohl beim

26 Familiennachzug, als auch bei der Aufnahme von Geflüchteten, ist unter humanitären Ge-
27 sichtspunkten völlig inakzeptabel. Gleiches gilt für die geplanten Sammellager für Asyl-
28 bewerber*innen. Der besondere Schutz unbegleiteter Minderjähriger wird zudem ausge-
29 hebelt. Wir GRÜNE in NRW lehnen die geplante Ausweitung der so genannten „sicheren
30 Herkunftsstaaten“ und die damit einhergehende Beschränkung der Rechte von Betroffenen
31 weiterhin ab. Wesentliche für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendige Prinzipi-
32 en wie Solidarität oder auch humanitäre Hinwendung werden mit diesen Plänen aufgege-
33 ben. Es wäre an der Zeit, mutig und entschlossen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung
34 von Fluchtursachen zu vereinbaren – stattdessen entscheidet sich die GroKo, lieber dem
35 gesellschaftlichen Rechtsruck hinterherzulaufen.

36 Aber auch wer nach den vollmundigen Versprechen des Gerechtigkeits-Kanzlerkandidaten
37 Schulz und seiner Partei auf ein Maßnahmenpaket zur Schließung der Gerechtigkeitslück-
38 en gehofft hatte, wird schwer enttäuscht: Es gibt keine großen Würfe, weder bei der
39 Bekämpfung der Kinderarmut, bei der Überwindung der Zweiklassenmedizin, bei der Be-
40 steuerung von Superreichen oder für ein zukunftsfestes Rentenkonzept. Zentrale Themen
41 wie Maßnahmen gegen Altersarmut, BAföG oder sozialer Wohnungsbau werden zwar an-
42 gesprochen, bleiben aber unverbindlich. Im Finanzierungsplan findet sich davon nichts
43 wieder. Damit bleiben viele Menschen in NRW auf ihren Problemen sitzen. Das kleine
44 Karo der Großen Koalition löst die Fragen jedenfalls nicht und auch die Landesregierung
45 hat keine Ambitionen, die soziale Ungleichheit in NRW zu bekämpfen.“

Begründung

Anpassung an aktuelle politische Entwicklungen

Antragsteller*innen

Landesvorstand